

(Beifall)

**Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich bin froh darüber, dass ich als Bundesminister für Arbeit und Soziales bei meiner eigenen Gewerkschaft reden kann, deren Mitglied ich bin. Gerade angesichts der Traditionsfahnen fällt mir auf: Ich bin ja nicht nur Mitglied der Gewerkschaft NGG, sondern auch der Abgeordnete des Wahlkreises Drogen und Sucht; denn in Altona, wo ich nun zum dritten Mal gewählt worden bin, gibt es sowohl eine berühmte Zigarettenfabrik - zumindest noch die Unternehmenszentrale - und eine Brauerei. Ehrlicherweise will ich im Anschluss an das, was der Herr Vorsitzende dieser Gewerkschaft eben gesagt hat, sagen: Das gehört zum Leben auch dazu, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Heute Morgen haben wir im Bundeskabinett an dem weitergearbeitet, was der Deutsche Bundestag und der Bundesrat letzte Woche vorbereitet haben, nämlich an einem Paket zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Es sind noch einmal eilig ein paar Verordnungen auf den Weg gebracht worden, die dringend notwendig sind, damit das alles funktionieren kann.

Eines jedenfalls sollte man auf alle Fälle klar sagen: Es war ganz sicherlich ein Fehler, dass sich da manches in unserer Wirtschaft so entwickelt hat, dass virtuelle Märkte eine größere Rolle spielen, als das, was man mit harter Arbeit real produzieren kann. Es ist richtig, dass wir das tun, was notwendig ist, aber es ist fürchterlich, dass die Gier einiger an den Börsen und bei manchen Banken dazu beigetragen hat, dass wir alle uns Sorgen um die Wirtschaft und um unsere Arbeitsplätze machen müssen.

(Beifall)

Sicherlich wäre es auch richtig gewesen, wenn sich die eine oder andere Bank mehr um die Finanzierung des deutschen Mittelstandes und der Unternehmen, die hier auch versammelt sind, gekümmert hätte, als Holzhäuser in Amerika zu bezahlen. Ich bin sicher: Das war ein falscher Weg, den wir dort beobachtet haben.

(Beifall)

Aber in dem, was wir heute beschlossen haben, steht denn auch ganz klar drin: Wer die Hilfe des Staates in Anspruch nimmt, der muss nicht nur akzeptieren, dass es bei den Vorstandsgehältern nicht so weitergeht wie in der Vergangenheit, sondern der muss auch akzeptieren, dass die Unternehmen in Deutschland mit Krediten versorgt werden; denn das ist die eigentliche Aufgabe, die die Banken in unserem Lande haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Am wichtigsten ist aber vielleicht eine ganz andere Botschaft: Wenn jetzt die Banken und große Unternehmen aus gutem Grund nach dem Staat rufen, dann sollten sie in den nächsten Jahren nicht sagen: „Das darf aber nicht sein“, wenn andere den Staat auch für sich in Anspruch nehmen wollen. Denn was hier notwendig ist: Wer die Kraft eines ganzen Landes und der Regierungen vieler Länder in Anspruch nehmen will, um eine Katastrophe abzuwenden - was wahrscheinlich und hoffentlich gelungen ist -, der muss aber auch akzeptieren, dass die Mehrheit der Menschen in unserem Lande auch darauf angewiesen ist, dass ein Staat existiert, der Solidarität und soziale Sicherheit gewährleistet.

(Beifall)

Ich will nicht unbescheiden sein, aber vielleicht fünf oder zehn Jahre Bescheidenheit in dieser Frage wäre bei dem einen oder anderen wirtschaftsliberalen Rhetoriker sicherlich eine angemessene Vorgehensweise.

(Beifall)

Wir sind ein Land, in dem Arbeit eine große Rolle spielt. Der Wohlstand unseres Landes gründet auf der Arbeit der Menschen hier. Er gründet darauf, dass unglaublich viele ihre Arbeit gut machen wollen und dass sie mehr

tun, als nur für ihr Geld zu arbeiten, sondern dass sie sich Mühe bei dem geben, was dort geschieht. Deshalb geht es auch um die Grundlagen des Wohlstandes unseres Landes, wenn wir darüber reden, dass Löhne, dass Einkommen, die man aus Arbeit erzielt, auch einen vernünftigen Wert haben müssen. Ich bin überzeugt: Wer den ganzen Tag arbeitet, wer eine ganze Woche arbeitet, wer einen ganzen Monat arbeitet und am Ende des Monats auf öffentliche Unterstützung oder auf die Unterstützung seiner Verwandten angewiesen ist, der wird in seiner Ehre verletzt. Und das ist das, was wir ändern wollen, wenn wir über Mindestlöhne sprechen.

(Beifall)

Ich bin daher froh, dass wir es in dieser Regierung geschafft haben, den Weg zu mehr Mindestlöhnen in Deutschland zu beschreiten. Das geschieht mit dem Arbeitnehmerentsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz, zwei Gesetze, die es schon lange gibt. Das Mindestarbeitsbedingungengesetz stammt aus 1952 und ist auf eine Initiative der Sozialdemokratischen Partei hin zustande gekommen, damals dann aber am Ende mit den Stimmen der Union. Das ist vielleicht ein gutes Beispiel dafür, dass wir es jetzt fortentwickeln und vernünftig so entwickeln können, dass es auch in Zukunft eine Rolle spielt.

Aber eines muss man sagen: Nachdem dieses Gesetz beschlossen war, hat es über Jahrzehnte keine Rolle gespielt, und das aus gutem Grund. Denn tatsächlich ist es doch so, dass in diesem Lande über Jahrzehnte hinweg die Vereinbarungen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die Sozialpartnerschaft relevant dafür war, welche Löhne in unserem Land gezahlt werden und wie die Arbeitsbedingungen geregelt sind. Es sind die Ideologen, die in den letzten 25 Jahren von Talkshow zu Talkshow gezogen sind, die das Ende der Kompromisse gefordert haben und die die Sozialpartnerschaft verächtlich gemacht haben, die jetzt bekommen, was sie selbst bestellt haben, wenn es eine öffentliche Debatte über staatlich gesetzte Mindestlöhne gibt.

(Beifall)

Das Arbeitnehmerentsendegesetz wird helfen, für tarifvertraglich vereinbarte Mindestlöhne zu sorgen. Das Gesetz ist jetzt gut entwickelt. Es wird auch noch seine Fortsetzung finden, indem weitere Branchen aufgenommen werden, nach der Baubranche, die Gerhard Schröder und Walter Riester dort aufgenommen haben, und nachdem es mit den Gebäudereinigern im Sommer letzten Jahres und zum Jahreswechsel mit den Briefdienstleistungen gelungen ist.

Eine Branche – das will ich ausdrücklich sagen – gehört unbedingt dazu. Das sind diejenigen, die in Leiharbeit beschäftigt sind; denn es kann nicht sein, dass das, was dort zum Teil an Lohndumping geschieht, weiter Realität in unserem Land ist. Deshalb bin ich sicher, dass wir uns darauf verständigen werden: Auch die Zeitarbeit gehört ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Auch dort brauchen wir einen Mindestlohn, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wenn wir über Löhne und über gute Arbeit reden, dann müssen wir auch darüber reden, dass das alles nur geht, weil wir gut ausgebildet sind. Deshalb ist es das Wichtigste, was wir tun können, dass wir dafür Sorge tragen, dass jeder in unserem Lande auf der Grundlage dessen, was er kann, und dessen, was er gelernt hat, eine Chance hat. Nicht jeder von uns will Professor werden. Viele sind froh, wenn sie ein gutes Leben als Facharbeiter mit einer ordentlichen Ausbildung zustande bringen können. Aber dass das möglich ist, dafür müssen wir alle sorgen. Ich will ausdrücklich sagen: Das ist ein Problem, das viel zu wenig richtig bewertet und betrachtet worden ist.

Es wird ja von Volkswirtschaftsprofessoren auch Richtiges gesagt; nicht immer gehen alle Prognosen schief. Eine der Prognosen ist, dass wir als Land dafür Sorge tragen müssen, dass vielleicht 30, 40 % jedes Altersjahrgangs ein Hochschulstudium absolvieren, damit die Grundlagen unserer Volkswirtschaft richtig gesetzt sind. Aber selbst, wenn das einmal der Fall sein wird – da sind wir noch lange nicht -, wird es so sein, dass 60 bis 70 % der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein Arbeitsleben mit einer guten Berufsausbildung haben wollen. Deshalb ist die Berufsausbildung das zentrale politische Vorhaben, das wir hierzulande voranbringen müssen.

(Beifall)

Ich bin froh, dass es gelungen ist, im Ausbildungspakt dafür zu sorgen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze dramatisch gestiegen ist. Wir sind in diesem Jahr vielleicht in der Lage, 640 000 Ausbildungsplätze zu offerieren. Aber gleichzeitig müssen wir sagen, es sind noch immer viel zu wenige. In den 80er-Jahren waren im Westen Deutschlands jedes Jahr über 600 000 Ausbildungsverträge üblich. In einigen Jahren waren es über 700 000. Wenn wir jetzt für Gesamtdeutschland 640 000 haben, ist das ein großer Schritt. Aber es ist zu wenig, gemessen an dem, was wir brauchen. Wir brauchen 700 000 Ausbildungsverträge pro Jahr, damit alle jungen Leute eine Chance haben.

(Beifall)

Und dafür müssen wir etwas tun. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass jedes Jahr 80 000 Schüler die Schule ohne Schulabschluss verlassen.

Wir müssen den Unternehmen auch sagen - zugegeben, das ist manchmal schwer; ich finde, darüber darf man nicht hinwegreden; denn da gibt es einige, die nicht richtig mitbekommen haben, dass zur Lehre und zur Arbeit gehört, dass man jeden Tag kommt, immer pünktlich ist und bis zum Ende bleibt; das kommt vor; aber trotzdem müssen wir den Unternehmen sagen -: Ihr müsst mit denjenigen einen Versuch auf eine gute Ausbildung unternehmen, die wir hier haben. Getanzt wird mit denjenigen, die im Saal sind.

Wenn jetzt einige Wirtschaftsverbände rufen, dass Lehrlinge importiert werden sollen, dann ist das ein falscher Weg. Hier in Berlin will ich sagen: Auch die jungen Leute in Neukölln brauchen eine Chance, und wir haben die gemeinsame Aufgabe, das zu realisieren.

(Beifall)

Dass Mühe und Arbeit etwas sind, das uns stolz macht, heißt natürlich auch, dass wir uns allen etwas zutrauen sollen. Deshalb ist es nicht in Ordnung, dass in Deutschland nur etwa 1,5 % derjenigen, die eine Universität besuchen, das ohne gemacht haben, ohne vorher die Hochschulreife erworben zu haben. In anderen Ländern Europas sind es 10 bis 15 %. Deshalb finde ich: Wer Meister ist, wer Techniker ist, wer eine Berufsausbildung gemacht und hinterher gearbeitet hat, der muss einen direkten Zugang zur Universität finden. Vielleicht bekommen wir unseren Ingenieursmangel dann leichter gelöst, als wenn wir nur auf die Kinder von Hochschulprofessoren setzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wer mit 16 die Schule verlässt, der muss lange arbeiten. Fünf Jahrzehnte können da zusammenkommen. Das ist eine lange Zeit. Deshalb ist es unsere Aufgabe, uns Gedanken darüber zu machen, wie das gut geht. Das fängt an mit Ausbildung. Das geht weiter mit Weiterbildung. Das bedeutet, wir brauchen Zeit für die Familie. Ich glaube, manche Unternehmen unterschätzen, welchen wirtschaftlichen Schaden der Liebeskummer ihrer Beschäftigten bei ihnen auslöst.

(Beifall)

Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass das alles geht und dass wir auch die Flexibilität haben, wenn wir einmal ein bisschen zurücktreten wollen. Darum denke ich, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Souveränität der Arbeitnehmer, mit ihrer Arbeitszeit in diesem langen Arbeitsleben umgehen zu können, größer wird, als es heute der Fall ist. Die Flexibilität aus Unternehmenssicht ist wichtig.

Die Souveränität über die eigene Lebensarbeitszeit ist eine Sache, die für die Beschäftigten notwendig ist. Deshalb bringen wir das jetzt mit dem Gesetz über Lebenszeitarbeitskonten in Ordnung, damit man das zu einem ganz normalen Bestandteil des Arbeitslebens machen kann.

(Beifall)

Manchmal gibt es ja Gesetze, über die nicht geredet wird, wenn sie beschlossen werden. Aber fünf bis acht Jahre hinterher hat das jeder für sein eigenes Arbeitsleben im Mund. Ich bin sicher, das Gesetz, an dem wir gerade arbeiten, ist ein solches Gesetz. Jeder Beschäftigte wird demnächst über das, was er Laufe seines Lebens in sein Zeitkonto eingezahlt hat und was er dort abgehoben hat, reden. Wenn das gelänge, wäre das ein großer Fortschritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss will ich noch auf Exportprodukte hinweisen. Deutschland ist Exportweltmeister. Aber es gibt ein Exportprodukt, auf das ich ganz besonders stolz bin. Wir sollten es pflegen

und hegen. Im Rahmen der Globalisierung sagen uns ja einige: Das, was wir in Deutschland an Traditionen haben mit Sozialstaat, mit Kündigungsschutz, mit Betriebsverfassung und Mitbestimmung, hat alles keinen Sinn mehr. Ich bin sicher: Nicht nur die jüngste Krise, sondern insgesamt die Globalisierung zeigt uns, dass es genau umgekehrt ist. Die Zukunft gehört nicht, wie das eine oder andere Feuilleton von Wochenzeitungen ab und zu mehrzeitig titelt, den Staaten, die auf autoritäre und sehr ursprungskapitalistische Form setzen – übrigens meistens exkommunistische Staaten -, sondern die Zukunft gehört denjenigen, die auf Kündigungsschutz, Betriebsverfassung, auf Mitbestimmung und Sozialstaat setzen. Ich bin sicher, dass es nichts Besseres gegen die Auswirkungen der Globalisierung gibt.

Manchmal denke ich mir: Wie viel Zeit verbraucht ein Unternehmensvorstand – nehmen wir mal in Detroit – dafür, eine Fabrik auf der Welt zu schließen? Weiß er überhaupt, welche er alle hat? Könnte er, aufgeweckt nachts um zwei, auswendig sagen, welche das sind? In wie vielen war er schon einmal? Sind es möglicherweise ein, zwei Stunden, die er damit verbringt, das Schicksal von ein paar Tausend Menschen zu bewegen?

Meine Sorge ist, die Antwort ist viel erschreckender, als man sie sich skizzieren möchte. Aber es gibt eine Möglichkeit, ein Instrument, das dagegen hilft, das nicht alles auflöst, aber doch Handlungsmöglichkeiten schafft: Das ist unsere Mitbestimmung. Dieses Exportprodukt sollten wir gemeinsam fördern. – Schönen Dank.